

V0929/23

Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2024
(Referent: Herr Müller)

Antrag:

Die Haushaltspläne der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses mit Stellenplan für das Jahr 2024 werden genehmigt.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	16.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Vorberatung
Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 16.11.2023

Herr Müller führt aus, dass die Jahre 2020 bis 2022 für das Peter-Steuart-Haus schwierige Jahre gewesen seien, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung und Abläufe der Corona Krise. Das Jahr 2022 sei aufgrund von rückläufigen Erträgen, den deutlich gestiegenen Personalkosten und dem gestiegenen Materialaufwand mit einem Defizit von 238.000 Euro abgeschlossen worden. Im morgigen Rechnungsprüfungsausschuss werde der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2022 besprochen und diskutiert. In diesem Bericht gebe es auch einen Ausblick auf den voraussichtlichen Abschluss des laufenden Jahres 2023, bei dem man feststellen könne, dass aufgrund durchgehend stabiler Belegung der Wohngruppen mit 92,5 Prozent und trotz der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und der einmalig zu gewährenden Inflationsausgleichszahlung für das Jahr 2023 in Höhe von 151.000 Euro das Defizit im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 nahezu halbiert werden könne. Ohne die Inflationsausgleichszahlung würde man im laufenden Betrieb des Peter-Steuart-Hauses sogar im positiven Bereich liegen. Herr Müller teilt mit, dass er sehr erfreut darüber sei, mitteilen zu können, dass nun mit der Planung 2024 nach mehreren Jahren wieder eine schwarze Null vorgelegt werden könne und mit einem leichten Gewinn in Höhe von 2.300 Euro gerechnet werde. Dazu trage aktuell eine nahezu Vollbelegung der stationären Wohngruppen mit solider Platznachfrage bei. Für das Jahr 2024 habe man ab Oktober 2023 Entgelterhöhungen hineingerechnet und für die übrigen Wohngruppen seien Entgelterhöhungen ab Januar 2024 einberechnet, sodass man im Bereich der Entgeltsteigerung mit einer Erhöhung von fast 1.950.000 Euro geplant habe. Ebenso seien die Stundensätze im Bereich der ambulanten Hilfen mit den Jugendämtern in Verhandlung. Herr Müller geht auf den Aufbau des Ergebnishaushaltes ein und erklärt, dass im Bereich des Aufwandes die größte Steigerung im Bereich der Personalkosten zu verzeichnen sei, und auch hier die Tariferhöhungen im TVöD mit rund 660.000 Euro Anstieg zu Buche schlage. Des Weiteren informiert Herr Müller, dass das Peter-Steuart-Haus ein gefragter Arbeitgeber sei, denn das erfahre man immer wieder im Zuge von Nachbesetzungen von freiwerdenden Stellen. Als kommunal verwaltete Stiftung hänge man auch im Gefüge der Stadtverwaltung, die entsprechend Dienstleistungen für die Einrichtung im Bereich Personalabrechnung bringe. Die Stadtverwaltung habe für das Jahr 2024 ihre Vergütungssätze neu kalkuliert und man müsse mit einer durchaus beachtlichen Steigerung

von rund 40.000 Euro rechnen. Für die Instandhaltung der Gebäude rechne man mit einem gestiegenen Ansatz von 30.000 Euro und für den Betriebsaufwand im Bereich Energiekosten habe man eine Steigerung von 7.100 Euro angesetzt. Bezüglich der Waisenhaus Stiftung führt Herr Müller aus, dass sich auch dort die positive Entwicklung in der Planung für das Jahr 2024 fortsetze und man rechne mit einem Gewinn in Höhe von 51.400 Euro, was aufgrund des kleinen Gewinns des Peter-Steuart-Hauses auf ein konsolidiertes Ergebnis von 53.700 Euro hinauslaufen solle. Mieten, Pachten und Nutzungsentgelte können stabil veranschlagt werden im Vergleich zum Vorjahr, denn dieser Betrag decke auch fast in gleicher Höhe den Aufwand für Personalabschreibungen und die Betriebskosten. Im Wesentlichen werden sich aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus die Ergebnisse aus den Finanzerträgen verbessern. Man habe im Schnitt mit rund vier Prozent Zinsen gerechnet und laufe damit im Ergebnis auf rund 56.500 Euro hinaus.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass es sehr erfreulich sei, dass das Peter-Steuart-Haus sehr gut ausgelastet sei. Das bedeute aber, dass die Nachfrage möglicherweise über das Angebot hinausgehe. Stadtrat Ettinger hakt nach, ob bereits Maßnahmen geplant seien, wie man diese Nachfragen bedienen könne.

Frau Bülow teilt mit, dass die Überlegungen im Gange seien. Die Nachfrage sei aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen sehr hoch, da man viele Nachfragen bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden bekomme und auch bayernweit die Jugendämter und der allgemeine Sozialdienst suche händeringend nach Wohnplätzen für unbegleitete Minderjährige. Daher sei man am überlegen, für unbegleitete Minderjährige etwas Neues aufzubauen, diese Überlegungen seien aber noch nicht spruchreif, so Frau Bülow. Die Nachfrage sei teilweise aber sehr schwanken, denn die Inobhutnahmestelle im Haus sei teilweise gut belegt und in anderen Monaten dann wiederum schlecht belegt. Diese Dienstleistung werde in der ganzen Region 10 und darüber hinaus angeboten. Aktuell bekomme man auch Anfragen von verschiedenen Jugendämtern, ob man sich in Ingolstadt vorstellen könne, eine zweite Inobhutnahmestelle einzurichten, doch dafür habe man leider nicht genügend Fachkräfte und auf dem Markt seien leider keine verfügbar.

Stadträtin Mayer fragt bezüglich der Rückstellungen nach, da diese auf Seite 8 nicht vorhanden seien.

Frau Hofmayer denkt, dass Stadträtin Mayer die Gewinn- und Verlustrechnung auf Seite 8 und 9 meine, denn die Rückstellung sei in der Bilanz im Jahresabschluss auf der Passivseite auszuweisen.

Stadträtin Mayer ist der Meinung, dass die Rückstellung trotzdem fehle.

Frau Hofmayer teilt mit, dass in einem Ergebnishaushalt nie Rückstellungen seien, denn Rückstellungen seien in einer Bilanz in der Passivseite zu passivieren und nicht in einer Ergebnisrechnung. Der Aufwand der Rückstellung sei den dazugehörigen Positionen eben Rückstellung Personal in der Liste bei den Personalkosten mit ausgewiesen.

Stadträtin Mayer will in Erfahrung bringen, ob nichts in der Liste stehe aber Rückstellungen vorhanden seien.

Frau Hofmayer bestätigt die Aussage von Stadträtin Mayer.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass auf Seite 13 noch einmal auf die Arten der Rückstellungen eingegangen werde.

Frau Hofmayer weist darauf hin, dass man die Rückstellung in der Liste sehe aber diese nicht explizit in der Ergebnisrechnung drin seien, da sie in den Aufwendungen mit enthalten seien.

Bürgermeisterin Kleine schildert, dass die Rückstellung benötigt werde, um zu ermitteln, wieviel tatsächlich Gewinn oder Verlust Vortrag sei.

Stadträtin Mayer führt aus, dass es irgendwann für die Stiftung einen Ausgleich für die Inflation der letzten zwei Jahre geben werde und das vermisse sie im Moment bei dieser Darstellung.

Frau Hofmayer erklärt, dass eine Werterhaltungsrücklage gebildet worden sei und diese auf Seite 5 unter Punkt 4 zu sehen sei und diese Werterhaltungsrücklage werde immer in Höhe der jährlichen Inflation gebildet.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass sie die Frage von Stadträtin Meyer verstehe, denn auf Seite fünf habe man verschiedene Rückstellungen, die nicht beziffert seien.

Stadträtin Mader fragt bezüglich der Belegung in den Außenwohngruppen nach, ob es nächstes Jahr mit Zahlen genannt werden könne.

Bürgermeisterin Kleine gibt wieder, dass die Haushaltspläne in Zukunft auch immer mit Belegungszahlen zu ergänzen seien.

Stadträtin Mader möchte des Weiteren wissen, ob die Personalerhöhung in 2024 und die Ansätze für die nächsten Jahre mit einem Prozent berechnet seien.

Frau Hofmayer erklärt, dass es nur ein Durchschnittswert sei, der dann angepasst werde.

Stadträtin Mader fragt nach, aus welchen Ländern die unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden kommen.

Frau Bülow führt aus, dass aktuell die meisten unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden aus Syrien und Afghanistan kommen.

Stadträtin Mader bedankt sich, und wünscht weiterhin alles Gute für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Stadtrat Werner bedankt sich für die Vorlage und merkt an, dass er sehr erfreut sei, wenn es nächstes Jahr gelinge, eine schwarze Null zu bekommen. Man habe gewisse Chancen, denn das Entgelt sei deutlich erhöht worden, die 16,2 Prozent seien zwar nicht viel aber dennoch könne man die aufgrund der tariflichen Entwicklung gestiegene Personalkosten auffangen. Ende letzten Jahres habe man eine Gewinnrücklage von 376.000 Euro gebildet, weil die Stiftung zum Teil höhere Überschüsse als das Peter-Steuart-Haus hatte. Die 376.000 Euro seien nicht schlecht, doch Stadtrat Werner ist der Meinung, dass davon nichts übrigbleiben werde, da 121.000 Euro aus der Gewinnrücklage verwendet werden müssen, um das Grundstockvermögen im Wert zu erhalten. Nach der Satzung der Einrichtung bestehe die Pflicht, jährlich die Inflationsrate zu erhöhen, um den Wert des Grundstockvermögens zu erhalten, und daher gehen von der Gewinnrücklage noch einmal 121.000 Euro weg. Des Weiteren habe man zur Kenntnis nehmen müssen, dass 231.000 Euro Verlust von der Gewinnrücklage aufgefangen werden müssen, da es keine Erbschaft oder Spende gegeben habe. Schlussendlich wenn die Rücklage von 356.000 Euro des Grundstockvermögens und der Verlust abgezogen werde, bleibe für dieses Jahr eine Gewinnrücklage von 28.000 Euro. Des Weiteren geht Stadtrat Werner auf den Bericht von Herrn Müller ein und merkt an, dass es 2023 gelinge den Verlust zu halbieren, doch in der Vorlage sei dargestellt, dass 170.000 Euro rauskommen aber nur noch 28.000 Euro vorhanden seien und daran sei erkennbar, dass man in einer Schieflage sei. Stadtrat Werner ist der Meinung, dass es wichtig sei, einen Stiftertag durchzuführen, um auf diesem Weg zu höheren Einnahmen in Form von Spenden zu kommen. Die SPD-Stadtratsfraktion habe bereits einen Antrag dazu gestellt, doch durch

Corona konnte dies nicht umgesetzt werden. Nun sei es allerdings an der Zeit diesen Stiftertag einzuführen, so Stadtrat Werner.

Frau Hofmayer merkt an, dass bekannt sei, dass die Gewinnrücklagen nicht ausreichend seien und deshalb sei bereits mit der Regierung von Oberbayern Kontakt aufgenommen worden, um in Erfahrung zu bringen, was passieren werde. Die Regierung von Oberbayern teilte daraufhin mit, dass es fast jeder Stiftung so gehe, da die Inflation sehr hoch sei und man hohe Inflationsrücklagen bilden müsse und die Zinsen sehr schlecht gewesen seien. Das wichtigste sei, dass der Stiftungszweck gewährt werden könne und die Regierung von Oberbayern sehe kein Problem darin.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.